

Der Steinarbeiter

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Erscheint wöchentlich. — Bezugspreis vierteljährlich 2.50 Reichsmark. — Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in der Reichspostliste unter Nr. 1628 Kreuzband-Sendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt

Schriftleitung und Verlagsstelle in Leipzig, Zeitzer Straße 30, IV. (Volkshaus) Aufgang B oder C. — Tel. 33819

Die Anzeigengebühr beträgt für die doppeltgepaaltene Kleinzeile 1 — Reichsmark Aufnahme nur bei vorheriger Gebühren-Einleitung auf Postcheck-Konto Leipzig 56383; Kassierer: L. Geiß Leipzig, Zeitzer Straße 30, IV. (Volkshaus) Rabatt wird nicht gewährt — Rabattations-Abchluss: Montag vormittags 10 Uhr

Nr. 53

Sonnabend, den 31. Dezember 1927

31. Jahrgang

ZUM JAHRESWECHSEL

allen Verbandsmitgliedern, Freunden und Mitarbeitern die besten Wünsche für den neuen Zeitabschnitt. Möge unser aller Streben für die gemeinsame Sache auch im Jahre 1928 erfolgreich sein.

ZENTRALVORSTAND
VERBANDSAUSSCHUSS
UND REDAKTION

Wir tragen die Zeit

Jedesmal, wenn 365 Tage zu Ende sind, beginnt bekanntlich ein neues Jahr. So ist unsere Einteilung der Zeit. Wir messen sie und haben als Maße das Jahr, den Tag und die Stunde. Dennoch ist diese Einteilung kein wahrer Maßstab für Zeitbewegung. Seit den revolutionärsten Entdeckungen von Einstein wissen wir ja, daß Raum und Zeit nur relative Begriffe sind. Und was für die Zeiten und Räume des Unendlichen gilt, das gilt auch für unser alltägliches Leben.

Auch in unserem Menschenleben ist Zeit ein relativer Begriff. Es hängt ab von uns, von den Verhältnissen des Lebens, von dem Inhalt der Zeit. Wir erleben es ja täglich, wie uns Stunden oft wie Wochen, während andere dahinkriechen, als wollten sie gar nicht vergehen. Genau so sprechen die einen am Jahreswechsel, daß nun schon wieder ein Jahr zu Ende gegangen ist, während andere sagen: wie schnell es doch verfliegen sei, und wieder andere, die in Trauer, in Krankheit, in ewiger Arbeitslosigkeit und ähnlichem Mißgeschick lebten, aussprechen, daß das alte Jahr endlich zu Ende sei.

Und das gleiche gilt für unser Leben im großen, für das Leben des Volks. Wie schlichen so manche Jahrzehnte dahin, und wie überstürzt sich die Zeit heute! Welch ein Stück Weltgeschichte, welch ein Stück sozialer Geschichte enthalten die letzten 10 Jahre! In ihnen geschah mehr als vorher in vielen Jahrzehnten zusammen. Und sie fliehet wie vom Sturme getrieben noch immer durch diese Krise hin. Nur werden wir uns dessen oft nicht bewußt, weil wir selber ganz ergriffen sind von diesem Jagen der Zeit, und wenn so vielen manches nicht schnell genug geht, so ist das der Einfluß dieses heutigen Tempos der Zeit, das oft den Sinn für das Reifen und den Blick für organisches Wachsen trübt.

So franten so viele Nörgler der sozialen Entwicklung an dem kapitalistischen Begriffe der Zeit, weil sie von außen her künstlich zwingen und expresse wollen, was von innen her aus dem Menschen organisch wachsen muß.

Das soll nicht heißen, nun schlafen und träumen und warten, nein, das heißt herrliche, lebendige Ausfüllung der Zeit. Das heißt wirken und schaffen im Dienste des gewerkschaftlichen Gedankens und ringen und streben zu dieser allgemeinen sozialen Aufklärung des ganzen schaffenden Volks, die so stark und umfassend wird, daß durch sie dann mit dieser Voraussetzung einmal vielleicht an einem Tage geschieht, was sonst Jahrzehnte erfordert.

Von uns hängt die Zeit ab. Wir können sie formen, wir können sie fassen, so gewaltig, so historisch, daß wir, wenn uns der Abend des Lebens sich neigt, ein Jahrhundert gefüllt haben.

Ein Jahr vergangen? Wir wollen anders rechnen: von Tat zu Tat, von Erfolg zu Erfolg. Und auch einmal durch zäh dahinziehende schwere Zeit der Treue und des Opfers vorwärts zu einem neuen Höhepunkte des Siegs.

Zur Erinnerung

Der 1. Januar 1928 ist in der Organisationsgeschichte der Steinarbeiter Deutschlands ein Erinnerungstag, denn vor 25 Jahren, also am 1. Januar 1903, wurde unserer Organisation nach innen und außen endlich die straffe Zentralverbandsform gegeben. Diese Wendezeit war in jener Zeit durch die wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Anforderungen längst geboten, war also längst fällig. Das bewies dann auch der organisatorische Aufstieg einschließend der Erfolge in unserer Gewerkschaft und die weitere Entwicklung bis heute zur Industrieorganisation. Diese Entwicklung schildert nun in prägnanter Weise eine kleine illustrierte Broschüre, die im Namen der Verbandsleitung herausgegeben und vom Verbandsvorsitzenden, Kollegen Ernst Winkel, verfaßt wurde. Die Auflage ist so bemessen, daß jedes einzelne Verbandsmitglied in den

Besitz der kleinen Schrift kommen kann. Der Versand ist auch bereits erledigt, jede Zahlstelle wurde genügend bedacht. Wenn die Verteilung örtlich noch nicht vollzogen wurde, verlange nur das Einzelmitglied die Broschüre von der Zahlstellenverwaltung.

Das Schriftchen ist gegliedert in I. Vorkriegszeit — II. Kriegserinnerungen (selbstredend organisatorische) — III. Der Wiederaufbau. — Das letztere Kapitel ist das umfangreichste, weil diese Periode die schwerste, die aufregendste für die Gewerkschaften und für die Arbeiterklasse allgemein war. In dieser Zeit stiegen auch die beruflich dezimierten Steinbildhauer zu uns, auch die Vereinigung mit den Steinsehern und Berufsgehilfen erfolgte. Ziffernmäßig und in graphischen Darstellungen erfahren diese wichtigen Vorgänge und selbstredend auch die anderen, z. B. die Erfassung aller Branchen in der Steinindustrie, eine eingehende Würdigung auch in textlicher Hinsicht. Kein Verbandsmitglied lege die Broschüre etwa ungenutzt zur Seite; jedes Mitglied muß den Inhalt agitatorisch ausnutzen können! Daneben gilt es auch, Annahmen zurückzuweisen, die im gewerkschaftlichen Imperialismus verankert sind und die das Selbstbestimmungsrecht der Berufsangehörigen überrennen möchten. Der großen Zahl der „Mehreren“ — wie sich kürzlich ein Vertreter dieser Ausdehnungssucht ausdrückte — haben sich die wenigeren einfach zu fügen. Das ist gewiß nicht falsch dort, wo es hingehört und wo es angebracht ist, und wir Steinarbeiter anerkennen diesen Grundlag durchaus in der Beurteilung der eigenen Belange, aber nur für die eigenen Organisationsangehörigen. Daß solche Selbstverständlichkeiten noch besonders unterstrichen werden müssen, ist bedauerlich. Und selbstverständlich ist auch, daß Organisationsaufstehende eine gewisse Zurückhaltung zu beobachten haben, auch dann, wenn sie glauben, nur allein die Erleuchteten zu sein, vor denen sich die Entwicklungsmöglichkeiten abnungsvoll ausbreiten. Also, in unserer engeren gewerkschaftlichen Organisation sind wir selbstentscheidend und bedürfen keines Vormundes. Das wird auch in der genannten Broschüre zur Erinnerung an die 25jährige Organisationsform unserer Gewerkschaft angedeutet.

Es ist nun gewiß angebracht, mit kurzen Strichen auf die Periode einzugehen, die der Steinarbeiterorganisation vor dem 1. Januar 1903 den Stempel aufdrückte; zumal dem gewerkschaftlichen Wachstum kaum die Bedeutung der Organisationsform so bewußt ist wie denen, die seinerzeit diese Periode mit erlebt haben. Damals wie heute galt und gilt vielen der Grundsatz: „Die Form macht es nicht, sondern die Sache!“ Solche allgemeinen Redensarten sind jedoch selten richtig, sie hindern sogar sehr oft den Fortschritt. Es gibt noch eine ähnliche, die uns Steinarbeitern in der gewerkschaftlichen Organisation sehr unangenehm geworden ist, nämlich: „Es kommt gar nicht darauf an, wo ein Kollege organisiert, sondern daß er überhaupt organisiert ist!“ Mit solchen Allgemeinplätzen kann allerlei Unheil angerichtet werden; ähnliche, mit derselben Wirkung, gibt's in der Politik, gibt's im engeren menschlichen Zusammenleben.

Unsere ununterbrochene gewerkschaftliche Organisation besteht im Jahre 1928 44 Jahre; damit ist aber nicht gesagt, daß vor 1884 die Steinarbeiter keine gewerkschaftliche Organisation hatten. Bereits in den sechziger Jahren räumte der gewerkschaftliche Zusammenschluß der Steinmehrer zum großen Teil mit dem zünftigen Formelstram auf und, nach mehrere Jahre dauerndem Streit über die politische Tendenz der Gewerkschaft, wurde Ende 1872 ein „Verein deutscher Steinmehrer“ gegründet mit der Bestimmung, die durch die Erfahrung diktiert wurde: politisch neutral! Das war der Zusammenschluß lasalleianischer und Hirsch-Dunckerscher Steinmehrevereine. Diese neue Organisation wurde durch das Sozialistengesetz 1878 erledigt, wurde aufgelöst. Im Juli 1884 wurden dann wieder die vielerorts während der schandgeheulichen Zeit entstandenen örtlichen Fachvereine zusammengefaßt in den „Verband der Steinarbeiter“. Im Laufe der nun folgenden Jahre hatte sich aber als ganz logische Entwicklung die Auffassung unter den organisierten Steinmehrer durchgesetzt, daß alle Steinarbeiter, gelernte und ungelernete, von der Organisation erfaßt werden müssen. Das wurde dann auch auf dem Kongress 1893 in Frankfurt a. M. beschlossen, und weiter wurde beschlossen, daß nunmehr die Vertrauensmännerorganisation, ähnlich wie sie damals in der Sozialdemokratischen Partei bestand, als gewerkschaftliche Organisationsform für die Steinarbeiter gelte. Dieser Beschluß wurde wesentlich gefördert durch die damals gültigen Vereinsgesetze. Jeder Bundesstaat der 25 oder 26 deutschen Vaterländer hatte sein eigenes Vereins- und Versammlungsrecht mit allerlei Zugangeln. Trotzdem war dieser Beschluß in der Organisationsform ein gewerkschaftlicher Rückschritt der Steinarbeiter, denn bereits ein Jahr früher war auf dem Halberstädter Gewerkschaftskongress die Frage der Zentralverbandsform geklärt worden zugunsten der straffen Zentralverbandsform gegen die lokalistischen Befürworter.

Zum Verständnis dieses Standpunktes muß man sich auch vergegenwärtigen, daß die Steinarbeiter der Zusammenfassung unter der gewerkschaftlichen Spitzenorganisation (Generalkommission, Vorläufer des IOGB) noch fernstanden, weil sie größtenteils im Jahrgang der Anhänger der Lokalorganisationen schwammen, die die gewerkschaftliche Organisation als ein untergeordnetes Anhängsel der Sozialdemokratischen Partei betrachtet wissen wollten. Bekämpft wurde diese Auffassung durch die Propaganda für niedrige Beiträge, und von diesen niedrigen Beiträgen, etwa 15 bis 30 Pfg. pro Woche, wurden ca. 5 Pfg. an die Zentralstelle abgeführt. Dabei hieß es noch ausdrücklich und zum Ueberflus in den damaligen Organisationsrichtlinien der Steinarbeiter, daß die Beiträge freiwillig sind. Wenn nun auch infolge der Verallgemeinerung unserer Berufsorganisation ein gewisser Aufschwung eintrat, da nunmehr die Marmor- und Hartsteinarbeiter Aufnahme finden sollten, so hat es aber doch an einzelnen Orten immer noch große Schwierigkeiten verursacht, als ungelerneter Arbeiter in die gewerkschaftliche Organisation der Steinarbeiter hineinzuwachsen. Der zünftige Steinmehrer hat noch recht lange vorgehalten.

Wegen der engherzigen Finanzierung der Zentralstelle in Berlin, die „Geschäftsleitung“ hieß, waren Arbeitskämpfe oder großartige Agitation und anderes einfach nicht möglich. Der Anschluß an die gewerkschaftliche Spitzenorganisation vollzog sich auch erst im Jahre 1898 unter heftigem Zür und Wider. Erst Ende der 90er Jahre machten sich, besonders in Sachsen, Hamburg und Berlin, energische Bestrebungen bemerkbar, um an Stelle der losen Zentralorganisation mit dem Vertrauensmännerstystem die straffere Form,

den Zentralverband, einzuführen mit entsprechenden Beiträgen und zentralen, statutarisch verankerten Unterstützungseinrichtungen. Es versteht sich, daß darüber viel geredet und viel geschrieben wurde. Alle, bekannte Kampfbühnen in unserer Bewegung, die sonst durchaus nicht rückwärtlich waren und die jede Unterstellung dieser Art energisch zurückwiesen, hielten mit einem Eifer an der alten Einrichtung fest, der wirklich einer besseren Sache würdig gewesen wäre. Man hatte sich tatsächlich mit der strafferen Organisationsform einen Popanz zurechtgemacht, der zweifellos auf die organisierten Steinarbeiter wirkte, wenn auf die angeblich diktatorische Gewalt, auf die angeblich große Macht des Zentralvorstandes hingewiesen wurde, die mit der eventuellen Organisationsänderung, nach Ansicht der Widerfacher, verbunden war. Auch der Umstand, daß dann der Zentralstelle der Hauptanteil an den Beiträgen zukam — bis jetzt war es umgekehrt —, brachte diesen Widerfachern zunächst viel Anhang. Aber wie die Entwicklungen sich dennoch durchziehen, ungeachtet der Gegnerschaft, so war das auch hier. Im Mai 1902 wurde auf einem Leipziger Kongress beschlossen, vom 1. Januar 1903 an die Verbandsform einzuführen. Dieser Beschluß war, wie bereits bemerkt, längst fällig durch die Verhältnisse, wurde aber trotzdem hinterher von einigen Bezirken sehr bekämpft, ja, er erlitt einigen sogar als der Untergang unserer gewerkschaftlichen Organisation. Die Entwicklung des Verbandes bewies natürlich das Gegenteil!

Diese Entwicklung schildert nun von jenem Zeitpunkte an die eingangs erwähnte Broschüre, die unbedingt jedes Verbandsmitglied lesen muß. Die Einführung der Verbandsform war dann allerdings auch die Veranlassung, daß der Zentralrat der Organisation von Berlin nach Leipzig verlegt und eine ganz neue Verbandsleitung gewählt wurde (Vor. Paul Starke, Kass. Felix Lange, Redakteur Alois Staudinger); von der damaligen Leitung lebt nur noch Paul Starke, zurückgezogen von unserem Organisationsleben.

Die weitere Entwicklung allgemein wird uns ganz bestimmt noch beibringen, daß die Sitzverlegung der Zentralstelle damals organisatorisch richtig gewesen sein mag, heute aber im Hinblick auf die neuen Aufgaben und auf die engmaschige und organisatorische Bindung mit der Reichshauptstadt kaum aufrechterhalten werden kann. Das ist auch eine Frage, die längst spruchreif ist, leider aber auch noch viele Widerfacher hat. Sie wird trotzdem gelöst werden müssen, wenn die Wohnungsverhältnisse sich bessern!

Diese kurze Schilderung beweist, wie schwer sich Lebensnotwendigkeiten für die Organisation durchsetzen; wenn sie sich auch schließlich Durchbruch verschaffen und zur Anerkennung kommen, so braucht sich das durchaus nicht immer in schwer- oder gar Jangengeburten zu vollziehen. Die nötige Einsicht in die Verhältnisse kann manches abtun und kann dadurch der Entwicklung Erleichterungen schaffen. Die vorliegende Broschüre beleuchtet den Entwicklungsweg, den wir in Fühlung mit den anderen Gewerkschaften unserer Richtung gegangen sind. Es ist viel des Erlebten, was in dem Schriftchen festgehalten wird.

Erinnerungstage wollen auch, daß wir rückwärts schauen, aber dabei das Vorwärts nicht vergessen! Das vergißt die kleine Schrift auch nicht. Ihr Inhalt und ihre Ausstattung sind ein vorzügliches Werbemittel zur Heranholung der Abseitsstehenden. Ein eigenes Verbot des Verfassers am Schluß der Schrift wird ebenfalls viel dazu beitragen. Darum, Kollegen, lest die Broschüre: „Vom Berufsverband zur Industrieorganisation“!

Die Ergebnisse der Wirtschafts- und Sozialpolitik im Jahre 1927

Das alte Jahr geht zu Ende. Einen Rückblick auf seinen Verlauf und seine Ergebnisse für die Arbeiterklasse kann nicht voll befriedigen. Wohl aber kann festgestellt werden, daß es besser war, als seine unmittelbaren Vorgänger. Die nach langem Feilschen und Handeln zu Beginn des Jahres zustandgekommene Rechts-Blotregierung hat hieran keinen Anteil. Was an sozialen Errungenschaften erreicht wurde, konnte zum erheblichen Teil nur gegen ihren Willen durchgesetzt werden. Im übrigen ließ sie sich treiben. Stark war die Regierung nur in dem Bestreben, die Interessen der bestehenden Klassen zu wahren.

Besonders verheißungsvoll sahen die wirtschaftlichen Verhältnisse bei Eintritt in das Jahr 1927 nicht aus. Gewisse Anzeichen einer Besserung der Wirtschaftslage machten sich bereits im alten Jahre bemerkbar. Die in den Wintermonaten wieder rasch zunehmende Arbeitslosigkeit ließ jedoch nur schwache Hoffnungen auf einen Anstieg der Konjunktur zu. Mitte Januar betrug die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger der Erwerbslosenfürsorge 1.844.000, die Bezugsberechtigten der Krisenfürsorge nicht eingerechnet. Damit war die Arbeitslosigkeit wieder nahezu an den Stand des Vorjahres herangerückt. Sie hatte jedoch ihren Höhepunkt erreicht. In den folgenden Monaten ging die Erwerbslosenziffer fortgesetzt zurück. Die schlimmste Krise war überwunden! Erst in der zweiten Oktoberhälfte trat unter dem Einfluß der kälteren Jahreszeit ein neuer Anstieg der Arbeitslosigkeit ein, der noch anhält. Ein schwacher Trost für die davon Betroffenen ist, daß der Auftragsbestand der Industrie noch als gut, mindestens aber befriedigend angesehen werden kann und so Grund zu der Annahme besteht, daß die Arbeitslosigkeit nicht den gleichen Umfang wie im Vorjahre erreichen wird.

Im Mai tagte in Genf die Weltwirtschaftskonferenz. Die auf diese Veranstaltung gesetzten Hoffnungen haben sich trotz der von ihr gefaßten Beschlüsse nicht erfüllt. Die Absonderungspolitik, wie sie von den einzelnen Staaten seit Jahren betrieben wird, hat noch keine wesentliche Änderung erfahren. Auch Deutschland bildet in dieser Hinsicht keine Ausnahme. Die Befürchtungen, die seinerzeit gegen die Annahme des Zolltarifs von der Sozialdemokratie gehegt wurden, haben sich als zutreffend erwiesen. Der Handelsvertrag zwischen Deutschland und Frankreich ist zwar zustandgekommen. Mit Polen finden gegenwärtig Verhandlungen statt, die mit Italien haben sich aber verzögert.

Der Anstieg der Preise hat unter dem Druck der Zoll- und Kartellpolitik angehalten. Während sich am 1. Januar der Großhandelsindex auf 137,1 stellte, steht er gegenwärtig auf 140,9. In

Der gleichen Zeit Krieg der Lebenshaltungsindex von 144,3 auf 150,2, der Baukostenindex von 149,7 auf 175. Diese gewaltige Erhöhung der Baukosten wurde nicht etwa durch das Steigen der Löhne verursacht, sondern durch die Baustoffindustrie hervorgerufen, die sich auf diese Weise die zunehmende Bautätigkeit nutzbar machte. Das ist nicht das in solchem Umfang gelingen konnte, dazu hat nicht wenig beigetragen die von der Reichsregierung am 1. April und 1. Oktober durchgeführte Erhöhung der Mieten beizubehalten, die angeblich dazu dienen sollte, den Wohnungsbau zu fördern. Das Gegenteil ist eingetreten; der Wohnungsbau wurde lediglich zum Vorteil des Baukapitals verteuert und erschwert!

Die gestiegenen Lebenshaltungs- und Wohnungskosten nötigten die Gewerkschaften, Lohnforderungen zu stellen, um ein Herabsinken der Lebenshaltung der Arbeiter zu verhindern. Nur zum geringen Teil fand sich das Unternehmertum bereit, diese Forderungen zu erfüllen. In einer ganzen Anzahl von Industrien kam es zu Lohnkämpfen, die teilweise, wie in der Textilindustrie, Metallindustrie, Tabakindustrie, im Braunkohlenbergbau und im Verkehrsgewerbe einen erheblichen Umfang annahmen, im allgemeinen aber für die Arbeiter günstig verliefen. Auf diese Weise wurde erreicht, daß die Kaufkraft der Arbeiter keine Verminderung erfuhr.

Der Ausfall der im März stattfindenden Betriebsratswahlen war für die freien Gewerkschaften ein guter. Er hätte noch günstiger sein können, wenn bei den Arbeitermassen größere Klarheit über die Bedeutung der Betriebsräte für die wirtschaftliche Gleichberechtigung und die Mitwirkung der Arbeiter bei der Produktion bestanden würde. Der gleiche Mangel trat auch bei den gegen Ende des Jahres stattfindenden Wahlen zu den Ausschüssen der reichs-gesetzlichen Krankenkassen zum Vorschein. Eine sehr große Zahl von Arbeitern hielt es nicht für notwendig, sich an diesen Wahlen zu beteiligen, obwohl ihr Ausfall für die Vertretung der Arbeiterschaft bei der Sozialversicherung von größter Wichtigkeit ist. Von den Unternehmern wurden die Krankenkassenausschüsse zu einer unerschämten Hege gegen die Sozialversicherung sowie gegen die freien Gewerkschaften benutzt, wobei ihnen die christlichen Gewerkschaften als willige Handlanger zur Seite standen.

Durch die im Vorjahr vom Reichstag beschlossene Änderung an der Reichsversicherungsordnung wurde festgesetzt, daß bei jeder Berufs-genossenschaft mindestens ein Vertreter der Versicherten zur Festsetzung der Rentenentscheidungen zuzuziehen ist. Selbst dieses geringe Zugeständnis stieß auf den Widerstand der Unternehmer, weshalb das Reichsversicherungsamt die Berufs-genossenschaften zur Einhaltung dieser Vorschrift auffordern mußte.

Am 1. Mai trat die neue Arbeitszeitverordnung in Kraft. Die neuen Vorschriften über die Arbeitszeitregelung entsprechen nicht den Forderungen der Gewerkschaften. Der Achtstundentag wird noch immer durch eine große Zahl von Ausnahmen durchlöchernt und damit in seiner Durchführung beeinträchtigt. Eine Besserung ist in der Verordnung vom 16. Juli 1927 zu erblicken, die in den Betrieben der Schwerindustrie den Dreischichtbetrieb an Stelle des bisher geltenden Zweischichtsystems festlegt. Hiergegen wird von den Schwerindustriellen Sturm gelaufen, indem sie für den 1. Januar 1928 eine Stilllegung ihrer Betriebe androhen. Diese brutale und unerhörte Provokation hat allgemein bei der Arbeiterschaft die größte Entrüstung hervorgerufen und es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß ihr mit aller Schärfe entgegengetreten werden muß, würde doch die Durchführung dieser Maßnahme das deutsche Wirtschaftsleben auf das schwerste erschüttern, wenn nicht einen völligen wirtschaftlichen Zusammenbruch herbeiführen.

Der von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion beantragte Gesetzentwurf zur Beseitigung der Zersplitterung der Krankenversicherung wurde abgelehnt. Dagegen gelang es, die Rentenleistungen der Invalidenversicherung zu erhöhen. Ebenso wurde im Reichstag eine Entschließung angenommen, die die Vorlage eines Gesetzentwurfs zur Neuorganisation der Invalidenversicherung auf der Grundlage einer erweiterten Selbstverwaltung fordert. Eine weitere Besserung ist darin zu erblicken, daß jeder Invalidenwitwe mit Erreichung des 65. Lebensjahres die Witwenrente zusteht. Diese Änderung wurde mit dem 1. Juli 1927 wirksam.

Zur gleichen Zeit trat das Arbeitsgerichtsgesetz und am 1. Oktober das Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung in Kraft. Beide Gesetze bedeuten für die Arbeiterschaft einen erheblichen Fortschritt. Die Neugestaltung der Arbeitsgerichte verspricht eine wirksame Fortentwicklung des Arbeitsrechts im kollektiven Sinne und tritt der bisher herrschenden Zersplitterung der Arbeitsrechtsprechung wirksam entgegen. Mit Einführung der Arbeitslosenversicherung kamen die jahrelangen Kämpfe der Gewerkschaften zum Abschluß, die sie um die Fürsorge der Arbeiter bei eintretender Arbeitslosigkeit führen mußten. Nunmehr kommt es darauf an, das Gesetz zur vollen Durchführung zu bringen und es den Bedürfnissen der Arbeiter entsprechend auszubauen.

Die Wohnungszählung vom 16. Mai hat die Befürchtungen über den vorhandenen Wohnungsmangel bestätigt. Die Reichs-

regierung beabsichtigt die Vorlage einer Denkschrift, in der auf die Ergebnisse der Wohnungszählung Bezug genommen werden soll und worin sie gleichzeitig Vorschläge über die Beseitigung der Wohnungsnot machen will. Man wird diese Vorschläge abwarten müssen. Es liegt jedoch auf der Hand, daß es bei den Vorschlägen allein nicht bleiben darf, sondern endlich wirksame Maßnahmen getroffen werden müssen, die eine Abhilfe versprechen und dem bestehenden Wohnungselend mit seinen die Gesundheit und sittlichen Verhältnissen weiter Volkstreife untergrabenden Wirkungen ein Ende machen.

Alles in allem genommen, zeigt die Bilanz des Jahres 1927, daß die gewerkschaftlichen und politischen Bestrebungen der organisierten Arbeiter nicht fruchtlos blieben. Zugleich aber auch, daß ihr Zusammenschluß noch viel umfassender sein muß, um sie zur vollen Wirksamkeit gelangen zu lassen. Handelt die Arbeiter in diesem Sinne, dann können sie auch den für das neue Jahr in Aussicht stehenden politischen und wirtschaftlichen Kämpfen mit ruhiger Zuversicht entgegensehen.

Verordnung über die Wartezeit für Arbeitslose

Der Verwaltungsrat der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hat am 2. Dezember über die Wartezeit für den Bezug der Arbeitslosenunterstützung auf Grund des § 110 Abs. 3 des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom 16. Juli 1927 folgendes verordnet:

Artikel 1.

Soweit nicht in den Artikeln 2 bis 4 andere Wartezeiten für den Bezug der Arbeitslosenunterstützung vorgehoben sind, bleiben bis zum 31. März 1928 die Wartezeiten maßgebend, die bei Inkrafttreten dieser Verordnung gelten (vgl. § 9 Abs. 1 der Verordnung über Arbeitslosenfürsorge und die Vorschriften der obersten Landesbehörden auf Grund des § 9 Abs. 2 Satz 1 a. a. O.).

Artikel 2.

(1) War ein Arbeitsloser in den letzten 12 Monaten vor der Arbeitslosmeldung insgesamt mindestens 6 Monate hindurch in einem Betriebe tätig, der in unmittelbarer Folge von Witterungsverhältnissen alljährlich in der Regel eingeschränkt oder zeitweilig eingestellt wird, so beträgt die Wartezeit für ihn 2 Wochen. Hat die Beschäftigung insgesamt mindestens 8 Monate gedauert, so beträgt die Wartezeit 3 Wochen.

(2) Für Arbeitslose, die in der Zeit des Beschäftigungsrückgangs oder Stillstandes anderweitig Erwerbsarbeiten zu übernehmen pflegen, eine solche aber wegen der Ungunst des Arbeitsmarktes nicht finden können, kann der Verwaltungsrat des Landesarbeitsamtes die Wartezeit des Artikels 1 bis auf 3 Wochen verlängern. Die Verlängerung darf nicht allgemein, sondern nur für einzelne Teile des Landesarbeitsamtsbezirks und für einzelne Berufszweige ausgesprochen werden. Sie gilt nicht für Arbeitslose, die in der Zeit des Beschäftigungsrückgangs oder Stillstandes anderweitig Erwerbsarbeiten zu übernehmen pflegen, eine solche aber wegen der Ungunst des Arbeitsmarktes nicht finden können.

Artikel 3.

Für Arbeitslose aus Betrieben, die in nur mittelbarer Folge von Witterungsverhältnissen oder aus anderen Gründen alljährlich in der Regel verstärkt oder eingeschränkt oder zeitweilig eingestellt werden, kann der Verwaltungsrat des Landesarbeitsamtes die Wartezeit des Artikels 1 bis auf 3 Wochen verlängern. Die Verlängerung darf nicht allgemein, sondern nur für einzelne Teile des Landesarbeitsamtsbezirks und für einzelne Berufszweige ausgesprochen werden. Sie gilt nicht für Arbeitslose, die in der Zeit des Beschäftigungsrückgangs oder Stillstandes anderweitig Erwerbsarbeiten zu übernehmen pflegen, eine solche aber wegen der Ungunst des Arbeitsmarktes nicht finden können.

Artikel 4.

Für Angehörige der Schiffsbesatzung eines deutschen Seefahrzeuges, die nach einer seemannischen Beschäftigung von mehr als 6 Wochen arbeitslos werden, beträgt die Wartezeit 1 Woche.

Artikel 5.

(1) Wird ein Arbeitsloser, der eine verlängerte Wartezeit gemäß den Artikeln 2 bis 4 durchgemacht hat, von neuem arbeitslos, so unterliegt er der längeren Wartezeit erst dann wieder, wenn die Voraussetzungen dieser Artikel erneut vorliegen.

(2) Sind die Voraussetzungen für den Bezug der Arbeitslosenunterstützung weggefallen, bevor der Arbeitslose die verlängerte Wartezeit vollständig durchgemacht hat, und wird der Arbeitslose unter den Voraussetzungen des Abs. 1 von neuem arbeitslos, so verlängert sich die Wartezeit des Artikels 1 nur um den noch fehlenden Rest der verlängerten Wartezeit.

(1) Diese Verordnung tritt am 12. Dezember 1927 in Kraft.
(2) Für Fälle, in denen die Wartezeit beim Inkrafttreten dieser Verordnung bereits läuft, bleiben die bisherigen Vorschriften maßgebend.

Berlin, den 2. Dezember 1927.
Der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung
Dr. Sgrub.

Durch vorstehende Verordnung, die, wie aus Artikel 6 hervorgeht, bereits am 12. Dezember in Kraft getreten ist, wird die Eingetragene im Bezug der Arbeitslosenunterstützung stark eingeschränkt. Sie gibt den einzelnen Landesarbeitsämtern bzw. deren Verwaltungsausschüssen die Möglichkeit, die Wartezeit für bestimmte Berufe ganz nach ihren Belieben zu regeln. Daß dabei infolge Unkenntnis der einzelnen Berufe Entscheidungen getroffen werden, die mit den Bestimmungen des Artikels 2 und 3 nicht in Einklang gebracht werden können, beweisen bereits einige Entscheidungen, nach denen Arbeiter der Pflaster- und Schotterindustrie, die doch sicherlich unabhängig von den Witterungsverhältnissen jederzeit ihrer Tätigkeit nachkommen können, unter diese Ausnahmeregelung gestellt wurden. Die Vorbedingung zur verlängerten Wartezeit, die nach dem Kommentar des Präsidenten der Reichsanstalt Dr. Sgrub und Ministerialdirigent Dr. Weigert nur die berufliche Arbeitslosigkeit, der bereits durch höheres Arbeitsentgelt Rechnung getragen ist, liegt hier sicherlich nicht vor; liegt in der gesamten Steinindustrie nicht vor. Die Tätigkeit dieser Berufsrichtung hängt nicht von den Witterungsverhältnissen, sondern von dem Auftragsengang ab, der in vielen Fällen im Winter reichlicher ist, als in den Sommermonaten. Aus diesen Gründen heraus muß es als ein großes Unrecht bezeichnet werden, diese Berufsrichtungen unter diese Ausnahmeregelung zu stellen. Der Verbandsvorstand hat sich bereits mit den einzelnen Landesarbeitsämtern in Verbindung gesetzt und die Aufhebung der Ausnahmeregelungen beantragt. Die ganze Verordnung müßte verschwinden, denn damit wird nur zweiterlei Recht geschaffen. Ganz abgesehen davon, daß ein Teil der Arbeiterschaft, der an und für sich nur 8 bis 10 Monate im allerhöchsten Falle in seinem Berufe beschäftigt werden kann, gegenüber der Industrie- und Bauarbeiterschaft durch die angeordnete längere Wartezeit doppelt geschädigt ist.

Kunststein- und Betonbearbeitung VII.

Die Kunststein- und Betonbearbeitung hat, wie wohl allerwärts, auch im Gaubezirk Karlsruhe besonders in den Nachkriegsjahren ganz bedeutend an Ausdehnung zugenommen. Dieser Tatsache ist es zum wesentlichen mit zuzuschreiben, daß die Zahl der Steinarbeiter in den Natursteinbetrieben ganz beträchtlich zurückgegangen ist. Besonders in den Sandsteinbetrieben, in denen in den früheren Jahren viele Hunderte von Arbeitern beschäftigt waren, arbeiten heute kaum noch der zehnte Teil hiervon. Obgleich diese rapide Ausbreitung in der Verwendung von Kunststein und des Betons in den wirtschaftlichen Verhältnissen der Nachkriegsjahre eine ganz natürliche Erklärung findet, darf dabei auch nicht übersehen werden, daß zu dieser rapiden Ausbreitung nicht zum wenigsten auch die Natursteinunternehmer einen erheblichen Teil Schuld mit tragen. Nur zu oft hat man schon Gelegenheit gehabt, die Zeichen der Schuld betrachten zu können. Schlechtes Material und schlechte Arbeit hat die Ausbreitung des Kunststeins und Betons geradezu begünstigt. So liegt wie man aber auch die immer umfangreicher werdende Ausbreitung des Kunststeins und Betons vom Berufsstandpunkt des Steinbauers bedauert und so sehr wie sich viele Steinhauer auch sträuben, in diesem „Dred“ — wie viele so sagen pflegten — zu arbeiten, fast alle mühen sie, dem Geleß der Entwicklung Rechnung tragend, in den laueren Apfel beißen und den „Dred“ bearbeiten. Die Zahl der in Kunststein und Beton beschäftigten Steinhauer, Kunststeinformer, Stampfer und sonstigen Hilfsarbeiter im Gaubezirk Karlsruhe dürfte nach unseren Feststellungen mit 1500 nicht zu hoch gegriffen sein. Am größten ist wohl die Zahl der hierin beschäftigten Arbeiter in Mannheim mit Umgebung, denn von dort ist uns diese mit 238 angegeben.

Soweit vor dem Krieg in diesem und jenem Betrieb bereits Kunststein und Beton bearbeitet wurde, ist uns nicht bekannt, daß diese Arbeiten im Afford ausgeführt wurden. Auch in den ersten Jahren nach dem Krieg, in denen die Verwendung von Kunststein und Beton immer mehr um sich griff, wurden diese Arbeiten fast ausschließlich nur im Zeitlohn ausgeführt. Seit den letzten Jahren haben sich aber die Fälle sehr bedenklich vermehrt, wo diese Arbeiten im Afford ausgeführt wurden. Die Erfahrungen, die hierbei gemacht wurden, waren oft recht betäubender Art. Waren die Affordpreise im Anfang als annehmbar zu bezeichnen und der dabei

Der Stössel



Inmitten der Westerwaldgemeinde Bidingen, Enipel und Bötum liegt der zum Teil von herrlichem Waldbestand umschlossene Basaltkegel „Der Stössel“, an dem bereits seit über zwei Jahrzehnte der blaue Basalt zu Wegebaustoffen gewonnen und verarbeitet wird. Große, weit hin sichtbare Abfallhalden geben Kenntnis, daß hier wertvolle Bodenschätze zu Kulturzwecken nutzbar gemacht werden. An vier verschiedenen Stellen regen sich fleißige, schweißige Steinarbeiterhände, um durch Meißelung des harten und zähen Gesteins für sich und ihre Angehörigen den Lebensunterhalt zu erwerben. Allen Witterungsverhältnissen zum Trotz sind sie gezwungen, jahraus, jahrein den Kampf mit dem spröden Material aufzunehmen, um sich das Lebensnotwendigste beschaffen zu können.

Das Gelände mit dem Gesteinsvorkommen, in dem die dortige Arbeiterschaft um die Existenz ringt, ist Eigentum vorgenannter Gemeinden, die die Auswertung dieses Gesteinsmassivs, das zirka 10 bis 12 Kilometer umfaßt, verschiedenen Privatfirmen gegen Pachtverträge überlassen hat. Vier Firmen, von denen die bedeutendsten die bekannte Ringer Basalt A.-G. und die Firma J. G. Adrian sind, produzieren hier für den Bedarf des In- und Auslandes Straßenbaumaterialien. Von der Mächtigkeit des Gesteinsvorkommen und seiner Ausbeute (Säulen- und Plattenlagerung) geben die Produktionsanlagen und Leistungsziffern der genannten Großfirmen Aufschluß. Die tägliche Leistung des Werkes der Ringer Basalt A.-G. betrug zur Zeit der Befestigung täglich zirka 1000 Tonnen Schotter und wöchentlich 500-600 Tonnen Pflastersteine. Diese Leistung wurde in der Hauptzeit des vergangenen Sommers bis 1600 Tonnen Schotter täglich und wöchentlich 800-900 Tonnen Pflastersteine gesteigert. Gewonnen wird das Material für diese Firma in zwei Brüchen mit sehr geringem Abraum. Beide Brüche, ein kleinerer und ein größerer, der letztere mit 4 Sohlen oder Stufen, sind durch Gleisanlagen und Bremsberg mit dem neuzeitlich eingerichteten Schotterwerk verbunden. Dort sind vier moderne Brechanlagen und ein in diesem Jahre angelegtes Walzwerk, sie sorgen dafür, daß das in den Brüchen gewonnene Material in jeder Größe und Körnung an den Auftraggeber geliefert werden kann. Die Betriebsanlagen und die Sauberkeit auf den verschiedenen Bruchhöfen lassen im Gegensatz zu

anderen, allerdings nicht am Stössel gelegenen und besichtigten Betrieben, eine gewisse Großzügigkeit in der Betriebsführung und gut funktionierende sonstige Betriebsanlagen erkennen. Dabei kann aber auch darauf hingewiesen werden, daß bezüglich der Verhütung von Unfallgefahren an den einzelnen Arbeitsstellen in den Brüchen noch manches geleistet werden konnte. Es konnte z. B. beobachtet werden, daß ein Kollege direkt unter einer überhängenden Felsensicht arbeitete. Derartige Vorkommnisse, die vielleicht nur auf die Affordarbeit und die dadurch bedingte Intensivität bei der Gewinnung des Rohmaterials zurückzuführen sind, veranlassen leider die betreffenden Arbeiter vielfach, die notwendige Vorsicht und Einhaltung der Schutzvorschriften außer acht zu lassen. Um so mehr sollten daher die Betriebsinhaber und Betriebsleiter die Frage prüfen, ob es nicht im eigenen sowie im Interesse der Arbeiter geboten wäre, diese Arbeit nur zu einem entsprechenden Stundenlohn ausführen zu lassen. Dazu sind bereits viele andere Firmen übergegangen.

Der Betrieb Adrian darf ebenfalls als einer der modernst eingerichteten Betriebe angesehen werden. Drei große Kreisbrecher mit je einem Badenbrecher als Nachbrecher sorgen hier für die Zerkleinerung des Rohmaterials, das von dort zur Sortierung durch die verschiedenen Siebtrommeln läuft. Mehrere große Reiseresseln dienen hier zur Aufnahme von Lagerbeständen bei Geschäftsstockung. Neben diesen Brechern, die eine tägliche Höchstleistung von 1000 Tonnen Schotter erzeugen, hat die Firma außer einer täglichen Herstellung von 40-50 Tonnen Pflastersteinen noch eine sogenannte patentierte Brechanlage in diesem Jahre aufgestellt, durch die den sogenannten neuzeitlichen Straßenbauverfahren Rechnung getragen wird. Durch diese Brechanlage ist die Firma imstande, den für das Bitumen-Strassenbauverfahren notwendigen Splitt und Grus in verschiedenen Körnungen, und zwar in Größe von 2-6 Millimeter, 6-10 Millimeter und 10-15 Millimeter herzustellen. Eine an dieser Anlage befindliche Staubsaugevorrichtung ermöglicht, daß diese Körnungen völlig staubfrei in die dafür bestimmten Silos kommen. Stollengänge mit elektrischer Beleuchtung und Gewichtsvorrichtung, die unter die Silos gebaut wurden, gestatten hier zu jeder Stunde die Beladung der Loren, die von dort wiederum in ganz kurzer Zeit an dem Bremsberg und von diesem direkt an die Verladerrampe gebracht werden. Der durch die Staubsaugeanlage in einen besonderen Behälter verbrachte Staub soll wiederum zu gemischten Zwecken Verwendung finden. Ob er sich hierzu eignet, konnte allerdings noch nicht angegeben werden, da die Unteruchung über die eingehende Probe noch nicht abgeschlossen war. Außer den angeführten äußerst vorteilhaft ausgeführten Anlagen hat die Firma durch die Errichtung der Fundamente die Vorbereitung zu einer neuen Brechanlage mit Walzwerk vorbereitet. Die Brechanlagen dieser Firma konnten leider infolge des Arbeitschlusses und der eintretenden Dunkelheit nicht mehr besichtigt werden. Soweit aber von der Befestigung der maschinellen Anlagen und der Sauberkeit der Lagerplätze aus beurteilt werden kann, dürften auch diese in einem guten Zustande sein.

Neben diesen beiden Firmen sind noch zwei weitere Firmen an der Auswertung der Naturschätze des Stössels beteiligt, die aber

aus vorgenannten Gründen nicht mehr besichtigt werden konnten. Es kommt hier noch die Firma Uhrmacher mit etwa 120 Beschäftigten und zwei Brechanlagen sowie die Firma Lürges in Betracht, über deren Betriebe daher auch keine Angaben gemacht werden können. Vielleicht holt sie ein Kollege dieser Firmen nach, damit sich unsere Kollegen ein Bild von der Ergiebigkeit der Betriebsanlagen am Stössel machen können.

Ein so gutes Zeugnis wie den Betriebsanlagen der beiden Großbetriebe, die etwa 400 bis 500 Kollegen beschäftigen, kann leider der Kollegenschaft am Stössel nicht ausgestellt werden. Denn ein großer Teil davon hat von dem Vorgehen dieser vier Firmen, die einheitlich der Unternehmervereinigung angehören, noch nicht die entsprechenden Rückschlüsse gezogen. Abgesehen davon, daß die Organisierten zu nächst noch zwei Richtungen angehören, ist ein sehr großer Prozentsatz indifferent. Dieser nimmt wohl die durch die Organisation geschaffenen Vorteile für sich in Anspruch, ohne aber selber dafür etwas zu leisten. Ihnen ist es scheinbar noch unbekannt, daß sie dadurch ein schweres Hindernis für die vorwärtstrebende Kollegenschaft darstellen. Hoffentlich tragen aber diese Zeilen dazu bei, daß zur Erhaltung der Lebensexistenz der Arbeiter in den vorteilhaft eingerichteten Betrieben eine organisatorisch geschlossene Arbeiterschaft steht.

Wir schreiten ohne Aufenthalt

Und gab uns auch das alte Jahr Sein Maß an Leid und Sorgen: Vergessen sei, was gestern war, Wir schreiten in das Morgen!

Wir schreiten ohne Aufenthalt Auf ungezählten Wegen, Trost, Dorn und Stein und Schlund und Spalt, Dem einen Ziel entgegen:

Der Arbeit mit geeinter Kraft Ill-Geltung zu erzwingen — Der Menschheit, die den Segen schafft, Gerechtigkeit zu bringen!

Wir schreiten in das Morgenrot Erfüllungswangrer Tage, Sie bringen uns viel Sturm und Not, Viel Drangsal noch und Plage.

Doch einst beschreitet ein Geschlecht Den Sonnenfinn der Erde, Verkündend, daß das Menschenrecht Für alle herrschen werde.

So müssen wir in Sturm und Brand Den Endtag vorbereiten, Damit ins neue Menschenland Auch unsre Werke schreiten.

erzielte Verdienst ein zufriedenstellender, so zeigte sich leider in sehr vielen Fällen, daß manche dieser Kollegen nicht mit ihrer Arbeitskraft Maß zu halten vermochten und sowohl in der täglichen Arbeitszeit als wie auch in der Intensität sich gegenseitig in der unverantwortlichen Weise überboten.

Nach vor mehreren Jahren wurden bei Akkordarbeit für den Quadratmeter schärferer Fläche in manchen Fällen 3,50 Mk. und für gestochte Fläche 2,75 Mk. bezahlt. Durch das unverantwortliche Verhalten vieler dieser Kunststeinakkordeure sind diese Akkordpreise derartig heruntergewirtschaftet worden, daß heute in den allermeisten dieser Fälle kaum noch die Hälfte der ursprünglichen Akkordpreise bezahlt werden. Da aber in sehr vielen Fällen, man kann wohl sagen im allgemeinen, durch eine gewisse Rationalisierung in den Arbeitsmitteln und der Arbeitsweise, die Arbeitsleistungen gegenüber früher ganz wesentlich gesteigert worden sind, so werden auch noch heute oftmals Wochenverdienste erzielt, die für die Unternehmer einen weiteren Anreiz bilden, die Akkordhöhe weiterhin zu reduzieren. So bedauerlich wie diese Erscheinungen auch genannt werden müssen, so kann doch behauptet werden, daß sie nicht allgemeiner Natur sind, sondern nur Ausnahmefälle bis jetzt gebildet haben. Allgemein jedoch werden im Gaubezirk Karlsruhe die Arbeiten im Kunststein und Beton noch im Zeitlohn ausgeführt. Auch die Einhaltung der achtstündigen Arbeitszeit wird, von wenigen unruhmligen Ausnahmen abgesehen, im allgemeinen eingehalten.

Eine besondere Ausbreitung hat zwar das Unterakkordantentum bis jetzt noch nicht angenommen, wo aber solche aufgetreten sind, und das ist leider hier und da doch der Fall, haben sie, wie gewöhnlich, die Preisgestaltung nicht zugunsten der Arbeiterschaft gehoben, sondern noch mehr verschlechtert. Leider war es uns nicht möglich, festzustellen, in welchem Umfang dies in den einzelnen Fällen geschehen ist.

Eine weitere recht bedenkliche Erscheinung ist die, daß hier und da Maurer und auch Hilfsarbeiter zur steinmehrmäßigen Bearbeitung des Kunststeins und Vorkabtons, besonders zum Abstoßen von Flächen, verwendet werden, wobei diese natürlich nur den Maurerlohn bzw. Hilfsarbeiterlohn erhalten. Das Minus dabei gegen den Steinhauerlohn ist oft ganz bedeutend und beträgt zum Beispiel in Mannheim nicht weniger wie 46 Pfg. pro Stunde, soweit Hilfsarbeiter in Frage kommen; bei den Maurern dagegen 24 Pfg. pro Stunde. Proleten, die wegen dieses Uebelstandes unsererseits bei dem Baugewerksbund erhoben worden sind, waren erfolglos. Unsere hiergegen an den Baugewerksbund gerichteten Anforderungen, ihre Leute in solchen Fällen wenigstens anzuhaltend, dann den Lohn der Steinhauer zu verlangen, werden in den meisten Fällen damit abgetan, daß dann ihre Leute arbeitslos würden, weil dann die Unternehmer eben lieber Steinhauer beschäftigen.

Nach Lage des Verhältnisses zwischen unserem Verband und dem Baugewerksbund dürfte auch in der Zukunft wenig Hoffnung vorhanden sein, daß diesem Uebelstand mit Erfolg begegnet werden könnte. In diesem Uebelstand würde sich u. E. aber auch dann nicht viel ändern, wenn es möglich wäre, hierüber mit dem Baugewerksbund besondere Abmachungen zu treffen, da eben der tiefere Grund für solche Erscheinungen in den allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnissen begründet liegt. Zu beachten ist ja auch ferner, daß die heutige Bauweise Verhältnisse hervorgerufen hat, durch die das Hineinrücken von Bauarbeitern in die Steinhauerarbeiten nur zu leicht ermöglicht wird.

6. Gau, November 1927.

Fr. Sarfert.



Gesperzt:

1. Gau NO: In Berlin-Britz die Kunststeinwerke Gebr. Friede wegen Tarifstreik. In Königshagen die Firma Carl und die Firma W. L. In Brandenburg der Steinmetzmeister und die Firma W. L. In Brandenburg der Steinmetzmeister Richard Wehnert. Der Unternehmer hat keine Wohlstandsmaßnahmen getroffen.

3. Gau: In Leipzig das Grab- und Kunststeingewerbe. B. R. Weiske wegen Betruges bei den Abzügen zur Sozialversicherung usw.

4. Gau: In Detmold die Firma Karl Meier, weil sie den Steinarbeitern keinen Lohn zahlt. In Dessau sämtliche Steinmetzbetriebe. In Erfurt hat die Betonfirma Otto Hanke einen Steinmetz gemahregelt. Kein Kollege darf dort in Arbeit treten, bis die Differenzen erledigt sind.

5. Gau: In Köln läuft mit Jahreschluss der Marmorarbeiter-Tarif ab. Die dadurch hervorgerufene Situation erfordert Fernbleiben reisender Kollegen.

6. Gau: In Ringelbach (Schwarzwald) der Betrieb von Ernst Kontini, kann keinen Lohn zahlen. In Badenweiler bei Ringelbach (Odenwald) der Betrieb Johann Wilhelm. In Kammünz der Betrieb Koch u. Siegel G. m. b. H. wegen beabsichtigtem Lohnabzug.

8. Gau: In Augsburg haben die Unternehmer der Steinmetzbranche den Tarif gekündigt. Fremde Kollegen meiden deshalb den Ort mit Umgebung.

Streit:

4. Gau: In Halberstadt in dem Grabmalbetrieb Dreier & Sohn.

Von den Gefahren der Steingewinnung und Steinbearbeitung. Bei der Firma Zeidler & Wimmel in Kirchheim passierte durch Unachtsamkeit in den Unfallverhütungsvorschriften ein bedauerlicher Unglücksfall. Der Kollege Mörching von Reichenberg wollte am 16. Dezember, vormittags, an einer im Gang befindlichen Maschine einen Riemen auflösen. Der Kollege wurde von dem Riemen zurückgeschleudert, erhielt dadurch eine Darmverletzung und wurde bewußlos ins Krankenhaus Würzburg eingeliefert. Der Verunglückte wurde dort eine schwere Operation durchgemacht.

Im Bafalwerk Sodenberg (Zahlstelle Odershausen) wurden der 21jährige Arbeiter Adam Schipper und der 28jährige Kollege Freyendörfer von stützenden Gesteinsmassen verschüttet. Schipper konnte nur als Leiche geborgen werden, während Freyendörfer schwer verletzt mit dem Sanitätsauto nach Würzburg gebracht wurde.

Die Arbeitslosen im Verband im November. Die Jahreszeit, vor allem wenn Frost und Schnee eintritt, macht sich in der Steinindustrie vor allem im Straßenbau in Arbeitslosigkeit bemerkbar. Die Zahl der Arbeitslosen stieg deshalb gegen den Vormonat bedeutend. Während im Oktober 1,5 Prozent Arbeitslose von den gemeldeten Mitgliedern zu verzeichnen waren, stieg die Zahl der Arbeitslosen im November auf 9,9 Prozent. Auch bei den Kurzarbeitern ist eine Steigerung zu verzeichnen. Auf die einzelnen Gauen verteilten sich Mitglieder, Arbeitslose und Kurzarbeiter folgendermaßen:

Gau	Beteiligte Zahlstellen	Deren Mitglieder	Davon Arbeitslose	Kurzarbeiter
1. Gau NO	19	3241	811	12
1. " NW	34	3111	451	77
2. " "	40	9286	697	151
3. " "	38	12581	536	913
4. " "	63	4937	1422	125
5. " "	32	3329	284	92
6. " "	29	3208	166	113
7. " "	36	2799	97	63
8. " "	26	2534	115	39
9. " "	23	2225	93	85
Verpäteteinsparfand	11	704	54	—
Summa	351	47955	4726	1670

In anderen Industrien, deren Beschäftigung ebenfalls von der Witterung abhängt, ist dieselbe Steigerung der Arbeitslosen zu verzeichnen.

Aus dem 4. Gau. Die für den ausgedehnten Gaubezirk vorgesehenen Wanderkurse fanden vom 12. bis 15. Dezember in Weibernode (Harz) und vom 19. bis 22. Dezember in Kassel statt. Für Weibernode waren 74 Teilnehmer angemeldet, aber nur 61 wirklich erschienen; für Kassel waren vorgemerkt 52 und 51 hatten sich eingefunden. Insgesamt demnach 112 Kollegen.

Die berufliche Gliederung der Teilnehmer von beiden Veranstaltungen ergab: 25 Brecher, 13 Steinmetzen und Steinhauer, 26 Pflastersteinmacher, 17 Schotterwerk- und Hilfsarbeiter, 26 Steinseher, 2 Kammer, 2 Mosaikschläger und 1 Schmied.

Das Alter der Teilnehmer zeigt sich so aus: bis 25 Jahre alt 12, von 26 bis 30 Jahren 38, von 31 bis 35 Jahren 23, von 36 bis 40 Jahren 9, von 41 bis 50 Jahren 22 und über 50 Jahre alt waren 8 Teilnehmer.

Nach dem Familienstand gesehen waren 100 verheiratet, 11 ledig, 1 Kollege Witwer.

Die Verbandszugehörigkeit nach Jahren gerechnet ergab bis 5 Jahre 32 Teilnehmer, bis 10 Jahre 43 Teilnehmer, bis 15 Jahre 12 Teilnehmer und über 15 Jahre gehörten 25 Teilnehmer zum Verband bzw. zur gewerkschaftlichen Organisation.

Soweit die Funktionen im Verband oder überhaupt für die gewerkschaftliche Tätigkeit festgestellt werden konnten, zeigte sich folgendes: 20 Teilnehmer bekleideten das wichtige Amt eines Zahlstellenvorstandes, 16 Teilnehmer waren Kassierer, 3 Teilnehmer bekleideten beides, 6 Teilnehmer waren Schriftführer, 14 Teilnehmer waren Beisitzer, Revisoren, Hilfskassierer, Lohnkommissionsmitglieder, 27 Teilnehmer gehörten dem Betriebsrat an, davon etwa 8 Kollegen als Betriebsratsvorsitzende bzw. Betriebsobmann, 3 Teilnehmer waren Ortsauschussdelegierte.

Wie bei anderen Kursen wurde auch hier die politische Organisation festgestellt. Von den gesamten Teilnehmern waren 67 politisch organisiert, davon 58 in der SPD., 9 in der KPD., 45 gehörten keiner politischen Organisation an.

Die vorstehenden Feststellungen sind ganz interessant, sie lassen nach verschiedenen Richtungen allerhand Rückschlüsse zu. Sobald im Anfang des ersten Vierteljahres 1928 für das gesamte Verbandsgebiet diese Kurse einen gewissen Abschluß gefunden haben, wird die Statistik über die Teilnehmer von der Kursleitung entsprechend ausgewertet.

Die Zusammenarbeit und die Uebereinstimmung der Teilnehmer mit den Vortragenden war auch im 4. Gaubezirk gut und befriedigend und machte im Hinblick auf das engere Verbandsleben jedem einzelnen zureichend eine gewisse Freude.

Die Zahlstelle Weibernode hatte am Vorabend einen sehr wirkungsvollen Begrüßungsabend mit Konzert und Gesang veranstaltet. Zwei Gesangsvereine zeigten abwechselnd ihre Gesangskunst. Für uns war das eine nette Ueberraschung, zumal die Sänger mit wenigen Ausnahmen alles Steinarbeiter sind. Auch der zweite Bürgermeister der Stadt würdigte in einer Ansprache die Kulturarbeit der Gewerkschaften und betonte das lebhaft und fördernde Interesse der Stadt an der Natursteinindustrie im Harz, besonders in der näheren Umgebung von Weibernode.

Durch die sich notwendig machende Verschiebung des Kursus in Kassel war dort eine Umstellung notwendig geworden. Die Zahlstelle hatte deshalb wohl von einer besonderen Veranstaltung abgesehen.

Hervorzuheben ist noch die Sorgfalt, die in beiden Orten angewendet wurde, um die Teilnehmer gut und angenehm unterzubringen. Die bittere Kälte vom 19. bis 22. Dezember wurde jedoch von manchem Teilnehmer in Kassel unangenehm empfunden, trotzdem unsere Kollegen durch die Arbeit im Freien, also im Steinbruch und im Straßenbau, durchaus nicht verwöhnt sind. — Im großen ganzen gesehen sind auch im 4. Gau Teilnehmer und Vortragende im besten kollegialen Einvernehmen und in innerer Uebereinstimmung voneinander geschieden mit dem Bewußtsein, an dem Fundament der Organisation entsprechend gearbeitet zu haben.

Steinarbeiter.

Bieffelbach. Am 11. Dezember fand in Ruchweiler eine gut besuchte Steinarbeiterversammlung statt. Es sollte eine Zahlstelle gegründet werden. Kollege Gras aus Kammelsbach behandelte die Natursteinindustrie und wichtige Vorgänge, die auf das Arbeitsverhältnis Bezug haben, auch die Lehrlingsverhältnisse wurden eingehend von Referenten besprochen. Kollege Blinn besprach dann die Organisationsvoraussetzungen und die Vorteile der gewerkschaftlichen Organisation. Kollege Loos aus Ruchweiler wies auf die örtliche Notlage der Steinarbeiter hin und die Behandlung, die sich unter anderem der Unternehmer Hoh, hier, herausnimmt. Beschlissen wurde, der Bezirksorganisation sich anzuschließen.

Halle. Die hier am Orte in der Marmorbranche herrschende Interessenlosigkeit an der Organisation und die damit naturgemäß verbundene schlechte wirtschaftliche Lage der betreffenden Arbeiter, bedingt durch niedrige Löhne und lange Arbeitszeit, veranlaßte die Ortsverwaltung der hiesigen Zahlstelle zu einer Versammlung aller in dieser Branche Beschäftigten. Die von der Ortsverwaltung anwesenden Kollegen Montag und Ganzer zeigten in ihren Ausführungen den Wert und Zweck einer Organisation, das fieberhafte Rufen der Unternehmerorganisationen zu dem ausgesprochenen Ziele einer weiteren Verschlechterung der Wirtschaftslage der arbeitenden Klassen. Um nicht nur diesen Ansturm der Unternehmer abzuwehren, sondern darüber hinaus eine Verbesserung der bestehenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse durch feste Tarife in der Marmorbranche wiederzuschaffen, bedingte die Voraussetzung, daß sich jeder Kollege wieder in unserem Berufsverband, dem Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands, organisiert. In der Diskussion schilderten mehrere Kollegen die miserablen Zustände in den Betrieben, die schändliche Behandlung sowie das Schmarotzertum einiger Auskollegen. 16 Neuaufnahmen und Gründung einer Branchenaktion war der Erfolg dieser Versammlung. Damit sind wieder 60 Prozent der Marmorarbeiter organisiert. In seinem Schlusswort ermahnte der Vorsitzende die Kollegen, nun fest und treu zum Verband zu halten und mit allen Mitteln zu versuchen, die uns noch fernstehenden dem Verbande zuzuführen. Denn nur mit einer geschlossenen Organisation sei es möglich, alle bestehenden Mißstände zu beseitigen und die Lebenslage zu verbessern.

Bensheim. Verschiedene Angelegenheiten im Bezirk machten eine Konferenz notwendig, die Bezirksleiter Weidenhammer am 11. Dezember nach Bensheim einberufen hatte. Vertreten waren alle Zahlstellen des Bezirks, bis auf den hinteren Odenwald. Zum ersten Punkt: Die Lage im Bezirk, referierte Weidenhammer ausführlich über die letzten Vorkommnisse in einigen Betrieben. Es sollten in Lautenbach (Firma Raithmeier) die Kollegen wegen Betriebsstillegung entlassen werden. Raithmeier ist bankrott. Es hatte sich nun ein Geldgeber gefunden, der den Betrieb aufrecht erhalten wollte. Da aber Raithmeier einen Teil der Lohngebühren für sich in Anspruch nahm, wollte der Geldgeber keine weiteren Gelder zur Lohnzahlung zur Verfügung stellen. Es ist bis jetzt noch nicht klar zu sehen, wie sich die Sache noch entwickeln wird. Auch bei der Firma „Bereinigte Odenwaldgranitwerke“, Betrieb Lerche, kam es zu Differenzen. Dort sollte ein Pflastersteinhöfer weniger Lohn bekommen, worauf er die Arbeit verweigerte; der Kollege sollte daraufhin entlassen werden. Die Kollegen erklärten sich mit ihm solidarisch. Durch Vermittlung des Bezirksleiters konnte dieser Konflikt beigelegt werden. Weidenhammer schilderte noch die Vorgänge in Elmshausen (Betrieb Behringer, Lindenfels). Dort sollte ein Kollege fristlos entlassen werden wegen angeblich schlechter Arbeit. Ob mit Recht oder Unrecht können wir nicht untersuchen. Da sich auch dort die Kollegen solidarisch erklärten, mußte auch Bezirksleiter Weidenhammer vermitteln. In diesem Betrieb ist ein neuer Betriebsleiter namens Kehl. Dieser war früher ein sehr tüchtiger Kollege und Vertreter der Arbeiterschaft. Er hat sich aber jetzt als ebensolcher Vertreter der Unternehmer entpuppt und schikaniert die Arbeiter. Allem Anschein nach hat er verstanden, daß auch er einstmals den Handchlägel schwingen mußte. Weidenhammer ermahnte die Delegierten, bei solchen Vorkommnissen sehr vorsichtig zu sein, da ja die Unternehmer bei dieser Jahreszeit nur auf die Gelegenheit warten, einen Gegenschlag zu führen. Ist es doch Mode geworden, wenn Allerheiligen vorbei

und der Absatz sinkt, die Arbeiter mit allem möglichen zu traktieren. Leider vergessen das die Arbeiter bei eintretender Konjunktur sehr schnell. Weidenhammer schilderte die Organisationsverhältnisse im Bezirk, woraus zu entnehmen ist, daß in der Schleifereigruppe fast noch die Hälfte der Beschäftigten dem Verbande fernsteht. Wohl sind die Steinmetzen auch hier über 80 Prozent organisiert, das Gros der Unorganisierten liegt bei den Hilfsarbeitern. In der Granitgruppe stehen die Verhältnisse besser. Die Delegierten versprachen alles daranzusetzen, um auch den letzten Mann dem Verbande zuzuführen. Im zweiten Punkt: Bildung von Jugendgruppen, sollen die Zahlstellenvorstände alle Lehrlinge und sonstigen jugendlichen Arbeiter dem Bezirksleiter melden, dann wird ein Gruppenführer ernannt. Im dritten Punkt: Verschiedenes, kam zur Sprache, daß die Granitgruppe einen Antrag an die Unternehmer gestellt hat, um eine Winterbeihilfe. Der Antrag wurde abgelehnt. Denn die Unternehmer sind ja gewöhnlich ärmer als ihre Arbeiter. Kollege Mosmüller gab dann noch verschiedene Anregungen zur Verbesserung. Nachdem noch verschiedene Delegierte die Verhältnisse in ihren Betrieben geschildert hatten, wurde die anregende Konferenz geschlossen.

Steinseher und Pflasterer.

Waren i. M. In der am 11. Dezember stattgefundenen Versammlung wurde die Frage der Ferien- und Wohlfahrtsvereinerung einer eingehenden Erörterung unterzogen. Dabei stellte es sich heraus, daß eine Anzahl Unternehmer die tariflich festgelegten Wohlfahrtsbeiträge nicht oder nicht im vollen Umfange gezahlt haben. Es wurde beschllossen, dem Gauleiter Vollmacht in jedem einzelnen Falle zu erteilen, die referierenden Beiträge zur Wohlfahrtskasse einzufordern. Gleichzeitig wurde erneut darauf hingewiesen, daß es Pflicht jedes Kollegen ist, sich um die Regelung, Ausführung dieser Beiträge, bei seinem Arbeitgeber zu kümmern. In einem Falle sind einem Kollegen, der gezwungen wurde, durch die Verhältnisse einem anderen Verbands beizutreten, für 18 Wochen keine Wohlfahrtsbeiträge abgeführt. Weiter wurde vom Vorsitzenden, Kollege Mahnde, auf die Auswirkungen des Arbeitslosenversicherungsgesetzes hingewiesen, die sich gegenüber dem früheren Zustand vielfach änderten. Es ist dringend notwendig, daß sich alle Kollegen mit den Bestimmungen dieses Gesetzes vertraut machen, wenn sie keinen Schaden erleiden wollen. Die Anwartschaft zum Bezuge der Arbeitslosenunterstützung beträgt z. B. 26 Wochen versicherungspflichtige Arbeit. Als er am 19. November arbeitslos wurde, konnte er nur eine Anwartschaftsbauer von 180 Tagen nachweisen, weil in seinen Arbeitsbescheinigungen einige Sonntage fehlten. Diese mußte er sich erst von den Arbeitgebern nachbescheinigen lassen und dann erst erhielt Kollege Mahnde die ihm zuzehende Arbeitslosenunterstützung. In der Aussprache wurde dann die Einführung der Arbeitslosenunterstützung durch den Verband behandelt und darauf hingewiesen, daß die Einführung dieses Unterstützungsweiges die Werbekraft des Steinarbeiterverbandes ganz wesentlich erhöhen würde. Nach Kenntnisnahme der eingegangenen Schreiben wurde dann die Versammlung geschlossen.

Friedland i. Meckl. Am 4. Dezember 1927 fand eine Mitgliederversammlung statt. Tagesordnung: 1. Kassenbericht vom 3. Quartal. 2. Kartellbericht. 3. Neuwahl des Vorstandes. 4. Verschiedenes. Der Vorsitzende, Kollege Urbaneck, eröffnete die Versammlung. Der Kassierer, Kollege Luplow, berichtete über den finanziellen Stand. Die örtlichen Einnahmen für die Hauptkasse betragen 631,50 Mk., jene der Lokalkasse 285,63 Mk. Nach den Ausgaben von 45,65 Mk. bleibt ein Kassenbestand von 239,98 Mk. Der Kassierer wurde entlastet. Kollege Wiese gab den Kartellbericht, der hauptsächlich Erwerbslosenfragen behandelte. Bei Neuwahl des Vorstandes wurde der alte Vorstand restlos wieder gewählt. Beschlüssen wurde dann, einem erkrankten Kollegen 25 Mk. als Weihnachtshilfe zu gewähren. Nach einigen Ausführungen neben-sächlicher Art wurde die Versammlung geschlossen.

Frankfurt an der Oder. Außerordentliche Mitgliederversammlung der Zahlstelle im Dezember. In dieser verhältnismäßig gut besuchten Versammlung gab Kollege Schenke den Schlussbericht über die Lohnbewegung. Er legte den Kollegen ans Herz, mehr Aktivität zu zeigen, denn es geht nicht nur in den Genuss der erlangten Erfolge zu treten, sondern darüber hinaus diese zu verteidigen und weiter auszubauen. Die Versammlung war sich darin einig, daß ein neuer Geist in Frankfurt an der Oder Einzug halten müsse und befandete einen einheitlichen Willen zu fruchtbarer, organisatorischer Tätigkeit zu aller Wohl und zum Besten der Organisation.



Hermann Wollenbuhr †

Am 22. Dezember starb dieser in der Arbeiterschaft sehr bekannte und geachtete frühere sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete im Alter von 77 Jahren. Dieser Name hat besonders in der älteren Generation der Arbeiter einen so guten Klang in Verbindung mit der deutschen Sozialpolitik, daß es wirklich nicht nötig ist, die tatsächlichen Verdienste von Hermann Wollenbuhr aufzuzählen. Die jüngere Generation möge stets eingedenk sein, daß jeder Paragraph in den älteren sozialpolitischen Gesetzen (Kranken-, Unfall-, Alters- und Hinterbliebenenversicherung) der Vorkriegszeit von der ernsthaften aufreibenden Arbeit des Verstorbenen erzählen könnte. Schreiber dieses hat mit ihm das Arbeitszimmer im Reichstag 1922/1923 als Abgeordneter geteilt und konnte so in nächster Nähe die immer noch eifrige Tätigkeit, Aufmerksamkeit und Gedächtniskraft des damals schon 73jährigen bewundern. Die Sozialdemokratische Partei verliert in Wollenbuhr einen ihrer ältesten Führer, besten Sachlichkeit, Arbeitsleistung und Rat zum Ansehen der Partei viel beigetragen hat. Der Name Hermann Wollenbuhr wird im Gedächtnis der sozialistischen Volksgenossen immer fortleben, denn seinem Träger haben sie viel zu danken. Das gilt natürlich auch für die Gewerkschaften.

Die Lohnsteuer ab 1. Januar 1928. Durch das kürzlich vom Reichstag verabschiedete Gesetz zur Änderung des Einkommensteuergesetzes wird die Lohnsteuer mit Wirkung vom 1. Januar 1928 ab in einer geringen Weise gesenkt, und zwar

1. durch Ermäßigung der einzubehaltenden Steuer von 15 v. H., höchstens um 2 Mark monatlich,
2. durch Erhöhung der Kleinbetragsgrenze auf 1 Mark monatlich. An der bisherigen Berechnung der Steuer ist nichts geändert worden. Die Steuer ist in der gleichen Weise wie bisher zu errechnen und abzurufen. Der so ermittelte Steuerbetrag ermäßigt sich aber vom 1. Januar 1928 ab um 15 v. H., jedoch höchstens

- a) um 2 Mark monatlich bei Zahlung des Arbeitslohnes für volle Monate;
 - b) um 50 Pfg. wöchentlich bei Zahlung des Arbeitslohnes für volle Wochen;
 - c) um 10 Pfg. täglich bei Zahlung des Arbeitslohnes für volle Arbeitstage;
 - d) um 5 Pfg. zweistündlich bei Zahlung des Arbeitslohnes für je zwei angefangene oder volle Arbeitsstunden.
- Um dem Arbeitgeber nicht eine neue Arbeit dadurch aufzubürden, daß er erstens den Steuerabzug in der bisherigen Weise berechnet und dann noch von dem so errechneten Steuerbetrag 15 v. H. abziehen muß, werden amtliche Tabellen, und zwar getrennt für monatliche, wöchentliche, tägliche und zweistündliche Lohnzahlung, herausgegeben, aus denen er für jeden Lohnbetrag und für jeden Familienstand die auf den Arbeitslohn entfallende Steuer ohne irgendwelche nähere Berechnung ablesen kann. Die bezeichnete Ermäßigung gilt ganz allgemein, ohne Rücksicht darauf, ob die Steuer nach den geltenden Vorschriften im einzelnen Falle

nach dem System der festen Bezüge, nach dem prozentualen System oder in Pauschalbeträgen zu berechnen ist. Jedoch bestehen hier zwei Ausnahmen:

- a) bei einmaligen Einnahmen, die neben laufenden Bezügen gewährt werden (Lohnem, Gratifikationen u. dgl., § 73 des Stg.), tritt eine Ermäßigung bei den einmaligen Einnahmen nicht ein. Die Ermäßigung beschränkt sich auf die laufenden Bezüge. Die einmaligen Einnahmen werden also ganz wie bisher besteuert;
- b) wird der Arbeitslohn nicht nach Zeitabschnitten gezahlt und -find daher in jedem Falle 2 v. H. oder - bei Heimarbeitern - 1 v. H. vom vollen Arbeitslohn als Steuer einzubehalten (§ 74 des Stg.), so ermäßigt sich die Steuer stets um 15 v. H., ohne Rücksicht auf den Betrag der Ermäßigung im einzelnen Falle. Der auf den Arbeitslohn entfallende Steuerbetrag wird nicht erhoben, wenn er
 1. bei Zahlung des Arbeitslohnes für volle Monate 1 Mark monatlich,
 2. bei Zahlung des Arbeitslohnes für volle Wochen 25 Pfg. wöchentlich nicht übersteigt.

Die Kleinbeträge sind also gegenüber der bisherigen Regelung um ein Viertel erhöht worden.

Bewährung einer mit Kleinpflaster besetzten Straße unter schwerem Verkehr. Es ist schon so viel über Straßenbesetzungs-mittel geschrieben worden, daß es nicht mehr notwendig wäre, für die Bewährung des Kleinpflasters als bestgeeignetes Straßenbesetzungsmittel eine Lanze zu brechen. Diese Zeilen sollen die Steinstraße nicht als Versuchssubjekt, sondern deren Bewährung in der Praxis behandeln, und es steht den Verehrern der Kunst-ersatzstraßen frei, sich an Ort und Stelle über die gemachten Angaben zu unterrichten.

In Sachsen, unweit Dresden, liegt das Dorf Häslich, in seiner Umgebung sind viele Steinbrüche erschlossen, in denen ein sehr brauchbarer Granit gewonnen und in der Hauptsache zu Pflastersteinen verarbeitet wird. Da ein Bahnanfsluß in diesem Orte nicht besteht, müssen die dort gewonnenen Steine mit allen möglichen Transportmitteln zur Bahn nach Bischofheim geschafft werden. Der Anfuhrweg war bis vor zwei Jahren noch nicht befestigt, und wie es da mit der Straße bestellt war, wissen die Anwohner nur zur Genüge. Vor zwei Jahren wurde nun diese Straße mit Kleinpflaster befestigt und die Anwohner atmeten auf, wie sie endlich von dem Morast auf der Straße befreit wurden. Diese Straße erstreckt sich in vielen Kurven drei Kilometer lang durch die Orte Häslich und Bischofheim und ist einer täglichen Belastung von mindestens 1200 Tonnen ausgesetzt. Als Fahrzeug werden zum Transport der Steine Kraftwagen mit Vollgummireifen, mit und ohne Anhänger, Bullbockzüge und mit Pferden bespannte Wagen verwendet. Es kommen also bei der Belastung dieser Straße sämtliche Fahrzeuge in Frage, die bei den Versuchss-trassen verwendet werden. Wie ist nun nach zweijähriger Belastung diese Straße? Eine Gleisbildung ist kaum zu erkennen, da wegen des starken Verkehrs in beiden Richtungen die Fahrzeuge einander ausweichen müssen und so die ganze Straße gleichmäßig belastet wird. Einzelne Vertiefungen haben sich in der Fahrbahn gebildet, was aber nicht auf das Kleinpflaster, sondern auf die in der alten Straße entlandenen Schlaglöcher zurückzuführen ist. Bei dem Bau der Straße sind die alten Schlaglöcher ausgefüllt worden, aber nicht mit dem notwendigen Sorgfalt, so daß der Untergrund in den alten Schlaglöchern nachgegeben hat und dadurch die Unebenheiten eintreten mußten. Ausbesserungen sind nur in ganz geringem Umfange vorgenommen worden und nur dort, wo einzelne Steine ohne die genügende Standfläche zum Bau verwendet wurden, mußten neue Steine eingesetzt werden. Die Oberfläche der Steine ist heute noch rau und ritzig, was von den Fahrern besonders begrüßt wird, weil das die Sicherheit erhöht. Bei dem jetzt herrschenden Glatteis erkennen die Fahrer sämtlicher Fahrzeuge die besondere Sicherheit der Steinstraße an, entgegen den Gefahren, die Straßen bieten, die aus Erbsenstrohen hergestellt sind und wegen ihrer Glätte eine große Gefahr für den Verkehr bedeuten.

Die Erfahrung lehrt hier wieder, daß bei dem Bau von Steinstraßen ganz besondere Sorgfalt auf eine gute und gleichmäßig verteilte Unterbettung gelegt werden muß, dann wird ein Nachgeben der Fahrbahn an einzelnen Stellen vermieden und damit die Unterhaltungskosten verringert.

Bei allen Interessenten besteht volle Einigkeit, daß eine andere Befestigung der Straße als mit Kleinpflaster nur Geldverschwendung gewesen wäre, weil alle in der jüngsten Vergangenheit zur Straßenbefestigung verwendeten Surrogate die Belastung nicht in dem Maße ertragen hätten wie das Kleinpflaster und große Ausgaben für Instandhaltung und Erneuerung erfordert hätten, ganz abgesehen von den Störungen im Verkehr, die dauernde Ausbesserungsarbeiten immer verursachen. Die Schlussfolgerung dieser Erfahrungen dürfte sein, daß alle Vertreter von Staat, Städten und Gemeinden sich bei allen Vergabungen von Straßenbauten nur von dem Gedanken leiten lassen, die Interessen der Steuerzahler zu vertreten und nur Steine als das Beste und auf die Dauer billigste Straßenbefestigungsmittel verwenden.

Die größte Steinbrücke Europas, der Ravennaviadukt der Söllentalbahn fertiggestellt. Wie dem Badiischen Verkehrsverband gemeldet wird, ist der neue Talübergang über die Ravennaschlucht bei Hüllsteig, mit dessen Bauarbeiten im August 1926 begonnen wurde, jetzt vollendet. Am 14. Dezember hat der um 13,12 Uhr in Freiburg abgehende Zug zum ersten Male die gewaltige Steinbrücke befahren. Damit hat die Söllentalbahn, die zu den charakteristischsten deutschen Gebirgsbahnen gehört, nicht nur eine weitere Sehenswürdigkeit, sondern auch eine bedeutende Verkehrsverbesserung erhalten. Der alte Talübergang bestand aus einer Eisentruktur und beschrieb einen Bogen von 240 Meter Halbmesser. Bei dem Umbau wurde der Viadukt in gerader Linie über die Schlucht geführt. In starker Steigung verbindet die neue Linienführung ohne Kurve einen Berg mit dem andern. Auf neun gewaltigen Pfeilern aus Granit von je 20 Meter Spannweite überspannt die Brücke das Tal des Ravennabaches. Hierdurch mußte der oberhalb des Talübergangs liegende Ravennatunnel um 38 Meter von seiner ursprünglichen Länge von 85 Metern abgetragen werden. Die Baukosten belaufen sich ohne die Gleisanlagen auf 1,6 Millionen Mark. Der neue Viadukt stellt somit in der Hochschwarzwaldromantik einen Kunstbau ersten Ranges dar, an den sich jetzt manche Verkehrsverbesserungswünsche knüpfen.

BEKANNTMACHUNGEN DER ZAHLSTELLEN- U. GAULEITUNGEN:

- Kiel. Beide Fachgruppen gemeinschaftliche Versammlung am 3. Januar 1928 im Gewerkschaftshaus. Beginn pünktlich 19 Uhr.
- Grünberg. Am 8. Januar Generalversammlung der Zahlstelle in Lawaldau, 14 Uhr. Am 13. Uhr Lehrlingsgruppe. Mitgliedsbücher mitbringen.
- Dessau. Generalversammlung am Mittwoch, 4. Januar 1928, 10 Uhr, im Linoli. Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.
- Bezirk Kassel. Ab 1. Januar 1928 sind nachstehende Zahlstellen wieder selbständig. **Asterode** (Kreis Schwesig). Vorst.: Wilhelm Maurer. Kass.: Chr. Stöber. - **Walden** (Kr. Uslar). Vorst.: u. Kass.: Karl Deneke II, Hertenstr. 74, Kr. Northeim. - **Cassel**. Vorst. u. Kass.: Konrad Reis, Spohrstr. 6. Gewerkschaftshaus, Steinarbeiterbureau. - **Dörnberg** (Kr. Wolfshagen). Vorst.: Willi Goldmann, Cassler Hof 112. Kass.: Georg Schäfer, In der Mühle. - **Eiterhagen** (Post Körle). Vorst. u. Kass.: Karl Winter I. - **Egershausen** (Kr. Cassel). Vorst.: Hermann Peter. Kass.: Georg Schwarz. - **Elmannshausen** (Post Niederhone). Vorst.: Adam Anterim, Steinseker. Kass.: Karl Schreiber Nr. 57. - **Fürsten-**

- wald** (Post Meindressen). Vorst. u. Kass.: Martin Fricke. - **Geismar** h. Frikhar. Vorst. u. Kass.: Wilhelm Strade. - **Germerode** (Kr. Schwesig). Vorst.: J. Hupfeld. Kass.: Heinrich Seinhenn. - **Großenritte** (Kr. Cassel). Vorst.: Heinrich Ludwig. Kass.: Wilhelm Holzhauser, Grüner Weg 50. - **Groß-Moppershausen** bei Frielendorf. Vorst.: Chr. Ridel. Kass.: Konrad Schmidt II, Haus Nr. 95. - **Gudensberg** (Kr. Cassel). Vorst.: Jakob Engel. Kass.: Jakob Siemon, Schloßstr. 124. - **Higerode** bei Alungen. Vorst.: Ernst Walter II, Steinseker. Kass.: Rudolf Hilbrandt, Frankershausen bei Schwesig. - **Niederlungen** (Kr. Cassel). Vorst.: u. Kass.: Konrad Ewald. - **Oberaula** (Kr. Jiegerhain). Vorst.: Georg Ide. Kass.: Justus Stod. - **Wellerode** (Kr. Cassel). Vorst.: Justus Wendel. Kass.: Justus Wagner. - **Schöntruth** (Kreis Cassel). Vorst.: Karl Boff, Kass.: Mil. Schüller. - **Wattenbach** (Kr. Cassel). Vorst.: Justus Veinhauer. Kass.: Wilhelm Horn. - **Wernswig** bei Homberg. Vorst.: Justus Schäfer. Kass.: Johann Dunkel.

Abrechnung der Hauptkasse vom 3. Quartal 1927

Einnahme:		
Eintrittsgeld	4662.70	
Beiträge	511 906.80	
Erwerbslosenmarken	5 068.10	
Extrakteuermarken (Kampffonds)	1 381.50	
An die Zahlstellen geleiftetes Material	1 396.25	
Abonnements und Zulorale	3 121.88	
Sonstige Einnahmen, Zinsen und dergl.	13 090.07	
Kontozahlung der Zahlstellen auf 4. Quartal 1927	10 713.41	
	Summa: Mk. 551 340.71	
Ausgabe:		
Für Agitation und Regelung von Lohnbewegungen:		
a) Gauleitungen	35 696.71	
b) Zentralvorstand	12 504.63	
c) Zuschuß für Lokalangestellte	23 190.70	
d) Lohnverhandlungen und -bewegungen	238.-	
e) Tarifberatungen Tarifamtsitzungen, (Reichs- und Bezirksrat).)	9 389.49	81 019.53
Für Unterstüßungen:		
a) Reiseunterstützung	1 332.75	
b) Krankenunterstützung	58 492.-	
c) Streikunterstützung	36 606.82	
d) für andere Verbände		
e) Gemahregeltenunterstützung	1 807.15	
f) Umzugsunterstützung	330.40	
g) Sterbeunterstützung	3 620.25	
h) Notfallunterstützung	2 330.-	
i) Rechtschutz	2 459.16	106 978.53
Für Verwaltung (persönliche):		
a) Gehalt	14 480.90	
b) Versicherungsbeiträge	4 296.77	
c) Revisionen und Vorstandssitzungen	347.80	
d) Verbandsauschüß	30.-	
e) Mantelgeld	75.-	19 230.47
Für Verwaltung (sachliche):		
a) Bureaumiete, Heizung, Reinigung, Licht	1 080.31	
b) Telefon, Schreib- und Badmaterial	554.11	
c) Porto, Bestellgeld, Strafporto	1 802.02	
d) Reparaturen und Reparaturen	796.90	
e) Druckkosten für Formulare, Buchbinderarbeit, Stempel	2 249.75	
f) Steuern, Versicherung	663.39	
g) Postliche Gebühren	35.70	
h) Sonstige Ausgaben	3 574.57	10 756.75
Für Verbandsorgan:		
a) Redaktion	1 480.85	
b) Honorar für Mitarbeiter	1 402.50	
c) Druckkosten und Papier	19 876.-	
d) Expedition	580.-	
e) Porto, Bestellgebühren	8 913.30	
f) Adressen und Badmaterial	123.50	
g) Gewerkschaftliche Frauenseitigung	46.68	
h) Abonnementsgelder zurück	317.50	32 740.33
Für Bücher, Zeitschriften, Zeitungen:		
Kulturbeitrag für Unterrichtskurie	323.07	
	3 898.20	4 221.27
Sonstige Ausgaben:		
Beitrag an den ADGB	2 481.45	
Beitrag an das Internat. Sekretariat	2 000.00	
Delegationen und Konferenzen	3 649.10	
Guthaben der Zahlstellen vom 2. Quartal 1927 zurück	5 834.31	18 964.86
	Summa: Mk. 268 911.74	

Bilanz.	
Bestand am Schlusse des 2. Quartals 1927	1 162 602.54
Einnahme im 3. Quartal 1927	551 340.71
Bestand und Einnahme im 3. Quartal 1927	1 713 943.25
Ausgabe im 3. Quartal 1927	268 911.74
Bestand am Schlusse des 3. Quartals 1927	1 445 031.51
Davon waren beim Abschluß in	
der Hauptkasse	1 351 282.77
den Gauleiten	16 022.44
den Lokalkassen	77 726.30
	1 445 031.51

Leipzig, den 12. November 1927. Ludwig Geiß, Kassierer.

Die Revisoren: ges. Joseph Neumüller, Gottfried Geiger, Wilhelm König.

Abrechnung der Zahlstellen vom 3. Quartal 1927

Einnahme:		
An die Hauptkasse noch nicht abgeführte Gelder	77 726.30	
Lokalzuschlag auf die Beitragsmarken	121 005.20	
Sonderzuschlag auf die Beitragsmarken	15 070.15	
Sonstige Einnahmen	29 310.29	
Guthaben aus der Hauptkasse zurück	5 834.31	
	Summa: Mk. 248 946.25	
Ausgabe:		
Erwerbslosenunterstützung am Ort	653.80	
„ „ auf der Reise	1 474.55	
bei Krankheit	10 374.10	
Streikunterstützung	3 402.-	
Gemahregeltenunterstützung	63.70	
Sterbeunterstützung	1 070.50	
Notfallunterstützung	4 467.65	
Umzugsunterstützung	20.-	
Rechtschutz	181.96	
Verwaltung (persönliche)	36 626.09	
(sachliche)	22 901.18	
Agitation	6 544.58	
Beiträge an Kartelle und Arbeitersekretariate	13 518.84	
Delegationen und Konferenzen	9 859.35	
Sonstige Ausgaben	18 890.39	
Guthaben bei der Hauptkasse	10 713.41	
Bestand der Hauptkasse zurück	59 768.93	
	Summa: Mk. 200 531.03	

Leipzig, den 12. November 1927. Ludwig Geiß, Kassierer.


Die Revisoren: ges. Joseph Neumüller, Gottfried Geiger, Wilhelm König.

Abrechnung der Zahlstellen vom 3. Quartal 1927

Einnahme:		
Bestand am Schlusse des 2. Quartals 1927	397 954.76	
Einnahme im 3. Quartal 1927	248 946.25	
Bestand und Einnahme im 3. Quartal 1927	646 901.01	
Ausgabe im 3. Quartal 1927	200 531.03	
Bestand am Schlusse des 3. Quartals 1927	446 369.98	
Davon gehören der Hauptkasse	77 726.30	
Bestand der Lokalkassen	Mk. 368 643.68	

Leipzig, den 12. November 1927. Ludwig Geiß, Kassierer.

Die Revisoren: ges. Joseph Neumüller, Gottfried Geiger, Wilhelm König.



Zigaretten

aus dem Konsumverein
ein feiner Genuss!

Arbeiterportier 4 Pf.
Thadmor 4 Pf. Zeronth 5 Pf.

ADRESSEN-ÄNDERUNGEN

1. Gau (NO): Brandenburg. Vorst.: Bernh. Weisenburg, Siedertstraße 19, I. Kass.: Karl Kaiser, Neundorfer Str. 28, II.
1. Gau (NW): Leterow i. M. Vorst.: G. Lau, Rostoder Str. 75. Kass.: W. Fischer, Dittmarstraße 42.
3. Gau: Döbeln. Vorst.: Max Geißel, Marktstraße 3.
4. Gau: Apolda. Vorst. u. Kass.: Max Seidel, Hermannstraße 14.
5. Gau: Duisburg. Die in Nr. 52 veröffentlichte Adressenänderung betrifft die Steinseker-Sektion, Zahlstellen vorstehender ist nach wie vor Kollege Joseph Buhr. - **Nachen**. Kass.: Ludwig Birck, Stollberger Str. 67.
8. Gau: Reichenhausen. Vorst.: Clemens Büttner. Kass.: Adolf Hegmann.



Die Leser des „Steinarbeiter“ wollen beachten, daß der Inhalt in der vorliegenden Nr. 53, deren Erscheinungstag diesmal mit dem letzten Tag des Jahres 1927 zusammenfällt, in anderen normalen Jahren mit 52 Wochen, in die 1. Jahresnummer Aufnahme fand. Die Nr. 1 im neuen Jahre erscheint bekanntlich erst am 7. Januar.

Der heutigen Nr. 53 liegt das Inhaltsverzeichnis der Technischen Beilage bei. Entsprechende Bewertung wird natürlich erwartet.

Ausbeutung. Die Firma, deren Geschäftsgebahren in der Nr. 52 des „Steinarbeiter“ im „Briefkasten“ hervorgehoben wurde und vor die unsere Kollegen nicht genug gewarnt werden können, heißt: S. G. Diment, Textilwaren und Pelzkonfektion, Leipzig C 1, Pfaffenfurter Straße 4. - Also Vorsicht! Laßt euch nicht überreden! Selbsthilfe ist das beste Mittel! Steinbrecherhäute eignen sich zu etwas anderem als Wechselgeschäfte mit sogenannten „Stoffjuden“.

Neue Bücher, Zeitschriften

Karl Maerlin, Des Steinmehrs Symmen. Verlag Georg Müller, München 13, Eißelstraße 26. Preis nicht bekannt. - Ein neues Buch dieses Kollegen und Dichters. Bereits im Jahre 1922 erschien eine Gedichtsammlung von ihm mit dem Titel „Opfere“ im Concordia-Verlag, Engel & Loebke, Berlin. Dazu schrieb damals Julius Sart in einem begeisterten Leitwort unter anderem: „Ein Erstlingswerk - aber das eines Ernsttreibenden und Ringenden. ... Und wir schreiben in unserer Besprechung: ... Wer ein solches Erstlingswerk bringt, wie das vorliegende Buch, der kann noch mehr. ... Nun wäre die Frage zu stellen, ob das jetzt vorliegende neue Gedichtsbuch die Erwartungen erfüllt oder nicht. Gewiß eine Antwort zu beantwortende Frage, weil sie so sehr von der persönlichen Seite des Lesers beeinflußt wird. Wir haben die Empfindung, daß Karl Maerlin noch viel zu sehr Süddeutscher ist in seiner Lebensauffassung, im Leben selber und in der Formgebung seiner Gedanken. Das neue Buch durchzittert zum Teil ein mühsamer Schmerz von Tod, Grab, Nacht, Weib, der nichts anziehendes in sich birgt. Warum nur dieser Weltschmerz? Das wird von ihm kaum selber zu beantworten sein, ist Eigenart fast aller Dichter, die aus dem Arbeiterstand sich herausheben und nun überall Ecken und Hindernisse finden, die sie bedrücken, auch in der materiellen Grundlage; was dann wiederum ungewollt in dem dichterischen Empfinden zum Ausdruck kommt. Ob wir uns in dieser Beurteilung bei Karl Maerlin, dem Steinmehrer, täuschen? mag sein! Doch als Endeßekt bleibt jedenfalls, daß wir sein neues Buch unbedeutend aus der Hand legen, ohne damit etwa über das Können als Dichter ein maßgebendes Urteil geben zu wollen.

Jungfräuliche Zeugung. Sowohl im natürlichen Vorkommen, wie ihre künstliche Verwendung für wissenschaftliche und technische Zwecke behandelt Prof. Dr. Julius Schödel in Ergänzung zu seinem außerordentlich weinbreiteten Büchlein über das Geschlecht im Dezemberheft des 4. Jahrgangs der „Urania“ (Urania-Verlags-Gesellschaft m. b. H., Jena). Eine Schilderung der Erziehungswelt unserer Bäume im Winter gibt Hermann Drehsier. Neupreis lehrreiche und schöne Originalaufnahmen des Verfassers begleiten in großer Zahl den Text. Durch eine Eisenhülle führt Bergingenieur W. Rottsch den Leser, um ihm die Gewinnung des Rohsteins und seine Vorbereitung zur Verheilung des Stahls zu zeigen. Der Waldreichtum Nordost-Europas zeigen Aufnahmen aus Ostland. Dr. Bruno Stenzen weist auf das Lebensmerkmal des Lotos, einer der ersten proletarischen Dichter hin. Mit dem zeitgemäßen Problem der Revolution der östlichen Welt beschäftigt sich Dr. Julius Eisenhändler. Die Notizen über „Allerlei Wissensmerkmale“ bringen wie immer das Beste aus Natur und Technik in Wort und Bild. Die Abteilungen „Soziales Wandern“ und „Der Leib“ enthalten diesmal grundsätzliche Betrachtungen über den Wert des Naturwanderns und der Beisitzungen für die Arbeiterbewegung. Prächtige Naturaufnahmen schmücken den Text. Des Arbeiterdichters Bruno Schönlan's Weihnachtslied „Sonnenwende“ beschließt das inhaltsreiche Heft.

ANZEIGEN

Steinarbeiter, Achtung!
Größe, beste Warmhaltung der Füße gewähren unsere bestens bewährten **Haarwärmehülsen** (Fußschlüpfer) mit den eingewebten u. aufgesteppten Haaren (ges. gesch.). Beste Referenzen zu Diensten. Alleinst. Lieferant: **Dresdener Haarwärmehülse-Industrie Dresden-A. 19**

Fort mit der aufgesprungenen Hornhaut! „Prax“ Händeschutzmittel (flüssig) vermindert und beseitigt garantiert die aufgesprungenen Hornhaut und macht harte Hände wieder vollkommen geschmeidig. Viele Anerkennungen zu Diensten. Fordern Sie sofort bemustert. Angebot. Lieferant: **P. Rodax, Dresden-A. 19, Wittenberger Straße 62.**

Sparkasse der Bank der Arbeiter Angestellten und Beamten A.-G.
Spareinlagen von 1.- RM an werden entgegengenommen in der Zentrale Berlin, Postcheckkonto Berlin 3898, in den Filialen Bremen, Postcheckkonto Bremen 3324, Breslau, Postcheckkonto Breslau 413, Dresden, Postcheckkonto Dresden 2102, Frankfurt a. M., Postcheckkonto Frankfurt a. M. 42679, Hamburg, Postcheckkonto Hamburg 32530, sowie in den Ortsausschüssen des ADGB.

Pflasterhämmer
aus bestem Schweißstahl
Rammen, Brechstangen
und sämtliche Werkzeuge für den Straßenbau liefert auch nach außerhalb
Otto Teske, Berlin N 31, Brunnenstraße 82

Demitzter Steinsalbe
wird seit Jahren von hiesigen Steinarbeitern gegen aufgesprungene und rissige Haut gebraucht u. sehr gelobt.
1 Sch. - 50, 100 Sch. 40.- Mk.
Dermiz die
Apotheke Demitz - Thumitz i. Sa.

Gegen kalte Füße Haarfilzstrümpfe
waschbar u. ausbesserungsfähig, daher unbegrenzte Lebensdauer, für Steinrichter bestens geeignet, liefert in allen Längen billigst
Jacob Mühn, Stadtlingensfeld (Thüringen)

GESTORBEN

- (Todesfälle, die bei der Meldung über 1 Monat zurückliegen, werden infolge ihrer späten Meldung an dieser Stelle nicht veröffentlicht. Redaktion.)
- In **Bremen** am 29. November der Steinseker Hinn. Busch, 45 Jahre alt, Nervenerkrankung, 2 Jahr 8 Monate krank.
 - In **Oberreichenbach** am 5. Dezember der Hilfsarbeiter Heinrich Friedrich, 37 Jahre alt, Lebererkrankung; am 15. Dezember der Brecher Adam Schipper, 22 Jahre alt, Unfall.
 - In **Ueffeln** am 13. Dezember der Steinarbeiter Wilhelm Wulfe Meyer, 56 Jahre alt, Lungenentzündung, 2 Monate krank.
 - In **Bunzlau** am 13. Dezember der Sandsteinschleifer Hermann Hellwig, 51 Jahre alt, Bronchialkatarrh.
 - In **Elmannshausen** am 17. Dezember der Steinseker Heinrich Reich, 42 Jahre alt, Geschwulst.
 - In **Leipzig** am 19. Dezember der Steinseker Otto Kuhnert, 38 Jahre alt, Lungenleiden.

Ehre ihrem Andenken!
... wörtliche Schriftleitung Hermann Siebold Verlag: Ernst Winkler beide in Leipzig.
Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.